

# Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2011

Piratenpartei Deutschland  
Kreisverband Marburg-Biedenkopf

**Transparenz**

**Mitbestimmung**

**Bürgerrechte**

**Datenschutz**

Beschlossen durch den  
Außerordentlichen Kreisparteitag  
2011.1  
am  
12.März 2011



Piratenpartei Deutschland Kreisverband Marburg-Biedenkopf  
Postfach 200 608 35018 Marburg

**KLARMACHEN  
ZUM ÄNDERN!**

## Vorwort

***Die PIRATEN treten für eine neue politische Kultur und eine Neubelebung der Demokratie ein, bei der sich Politiker und Bürger als gleichberechtigte Partner im Dialog begegnen.***

Das Vertrauen in die Politik muss wieder gestärkt werden, durch eine kontinuierliche Rückversicherung bei den Bürgern, da nur gemeinsam getroffene Entscheidungen auch langfristig akzeptiert werden.

**Die PIRATEN betonen, dass die Verwaltung vom Bürger beauftragt und den Interessen der Bürger verpflichtet ist, nicht den Interessen von Wirtschaftsunternehmen oder gar den eigenen.**

Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu erhalten, reicht es nicht aus verantwortungsvolle Mitarbeiter zu gewinnen, diese müssen auch in die Verantwortung genommen werden können und dies gelingt nur durch mehr Transparenz, so dass jeder Bürger nachvollziehen kann, durch wen und auf welchem Weg Entscheidungen zustande kamen und ob die Interessen der Bürger auch tatsächlich berücksichtigt wurden.

# Inhalt

|           |   |   |
|-----------|---|---|
| <b>1</b>  | <b>Basisdemokratie</b><br><i>Bürger bestimmen und entscheiden</i>   | 4 |
| <b>2</b>  | <b>Direkte Demokratie in Hessen</b><br><i>Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, Volksbegehren</i>                              | 4 |
| <b>3</b>  | <b>Indirekte Demokratie</b><br><i>Repräsentative Elemente</i>   | 5 |
| <b>4</b>  | <b>Bürgerhaushalt</b><br><i>Bürger kontrollieren die Haushalte</i>  | 5 |
| <b>5</b>  | <b>Selbstverwaltung</b><br><i>Stellung der Ortsteilbeiräte</i>  | 6 |
| <b>6</b>  | <b>Transparenz</b><br><i>Transparentes Gemeinwesen statt gläserner Bürger</i>   | 6 |
| <b>7</b>  | <b>Das Geheimnis soll die Ausnahme werden</b><br><i>Prinzip der Öffentlichkeit</i>  | 6 |
| <b>8</b>  | <b>Für einen allgemeinverständlichen Haushaltsplan</b><br><i>Die Kontrolle obliegt dem Bürger</i>                         | 6 |
| <b>9</b>  | <b>Gegen den Ausverkauf des Gemeinguts</b><br><i>Lease-Back-Geschäfte und Public-Private-Partnerships</i>                 | 7 |
| <b>10</b> | <b>Open Source-Software in der Stadtverwaltung nach dem MünchnerModell</b><br><i>Linux, OpenOffice.org, LiMux-Projekt</i> | 7 |
| <b>11</b> | <b>Öffentliche Infrastruktur</b><br><i>Nahverkehr, Kommunikation und Energie</i>  | 7 |
| <b>12</b> | <b>Bürgerrechte und Datenschutz</b><br><i>Für einen Staat, der sich aus dem Privatleben heraus hält</i>                   | 8 |
| <b>13</b> | <b>Liste 9 und Liste 11</b><br><i>Kreistag, Stadtverordnetenversammlung</i>   | 9 |

## **Basisdemokratie**

### **Bürger bestimmen und entscheiden**

Die PIRATEN sind gemäß dem im Grundgesetz festgeschriebenen Kerngedanken der Ansicht, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass diesem grundlegenden demokratischen Prinzip verstärkt Geltung verschafft werden muss. Die PIRATEN sprechen sich daher für eine umfassende Beteiligung der Bürger aus.

Alle Entscheidungen sollen entweder direkt oder unter unmittelbarer Einbeziehung der Bürger getroffen werden. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung für jeden Einzelnen auf kommunaler Ebene sollen ausgebaut werden. Dazu gehört die Möglichkeit, das öffentliche Handeln zu überprüfen, aber auch jene, Teil des öffentlichen Handelns zu werden. Nur eine Gemeinschaft, die Mitbestimmung tatsächlich praktisch ausübt, kann ihre Identität finden und leben, und vermeidet somit innere Konflikte.

Die PIRATEN werden daher das Handeln ihrer Abgeordneten im Auftrag der Öffentlichkeit überwachen, dokumentieren und veröffentlichen.

## **Direkte Demokratie in Hessen**

In Hessen gibt es die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens mit anschließendem Bürgerentscheid. Hierzu sind allerdings mitunter Unterstützungsunterschriften von mindestens 10% der wahlberechtigten Bürger erforderlich, um das Parlament dazu zu veranlassen, sich mit dem Anliegen überhaupt zu beschäftigen.

Die PIRATEN sehen diese Hürde als zu hoch an. Diese ist allerdings in der Hessischen Gemeindeverordnung festgeschrieben und kann nur vom Landtag geändert werden. Zwar gibt es auf Landesebene noch das Mittel des Volksbegehrens, allerdings sind bei diesem die Hürden so hoch angesetzt, dass ein erfolgreiches Volksbegehren im Grunde ausgeschlossen ist.

Um eine dennoch direktere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, bieten die PIRATEN folgendes an:

- die Errichtung einer "offenen Partei", die jedem Bürger umfassende Möglichkeiten des Einblicks, der Diskussion und der Mitbestimmung gibt.
- die Einrichtung einer Internetwebsite, auf der die Bürger das Handeln der Verwaltung einsehen und auch kommentieren können.
- die Technische Unterstützung und Beratung bei Bürgerbegehren und ähnlichen Verfahren.
- in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Piratenpartei Hessen tragfähige und durchsetzbare Konzepte für direkt demokratische Elemente in Hessen zu entwickeln.

## **Indirekte Demokratie**

Repräsentative Elemente sind in unserem System fest verankert und nicht ersetzbar. Die Piratenpartei möchte daher folgende Mittel und Wege auf kommunaler Ebene fördern, einführen und nutzen, um den Abgeordneten ihre Aufgabe zu erleichtern:

- vor jeder Stadtverordnetenversammlung soll jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, sich zu einem oder mehreren Themen der Stadtverordnetenversammlung äußern zu können. Die Redezeit für jedes Thema muss begrenzt werden. Dies entspricht den in vielen Kommunen gängigen Bürgerfragestunde. Den in der Marburger Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema vom Abgeordneten Dr. Michael Weber (PIRATEN) gestellten Antrag unterstützen wir.
- Schnittstellenöffnung der Rats- und Parlamentsinformationssysteme, Verbesserung dieser zur Verwirklichung demokratischer Grundrechte
- Förderung von außerparlamentarischen Kontrollinstanzen gemäß dem Konzept von "Abgeordnetenwatch".
- Stärkung der Ortsbeiräte und ähnlicher Gremien
- die Schnittstellen der Rats- und Parlamentsinformationssysteme müssen geöffnet werden, um die Möglichkeit der Einreichung von Bürgervorschlägen zur Verbesserung des kommunalen Lebens im eigenen Viertel bzw. Stadtteil bei Themen wie Verkehr, Kultur, Infrastruktur, etc. zu erleichtern. Ähnliches funktionierte bereits in Frankfurt unter dem Motto "Frankfurt Gestalten - Bürger machen Politik". Dazu müssen die Gemeindeordnungen geändert werden. Die Einrichtung von Petitionsausschüssen ist daher zwingend notwendig.

## **Bürgerhaushalt**

Die PIRATEN befürworten, dass öffentliche Ausgaben von den Bürgern kontrolliert werden, denn die Haushalte der Gemeinden, Kommunen und Kreise beinhalten viele Punkte, die in ihrer Ausgabenhöhe nicht durch gesetzliche Vorgaben eingeschränkt sind.

Die Piratenpartei will den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht verschaffen, da sie der Auffassung ist, mehr demokratische Partizipation bei der Haushaltsgestaltung stärkt die Identifikation des Einzelnen mit seiner Gemeinde, Kommune oder Kreis.

Haushaltsentscheidungen erfahren bei einem Mitspracherecht der Bürger grundsätzlich eine höhere Akzeptanz als solche, die ohne direkte Beteiligung gefällt werden. Zusätzlich können Vetternwirtschaft und Korruption durch die deutlich erhöhte Transparenz bereits im Ansatz verhindert werden.

Es gibt weltweit bereits zahlreiche Gemeinden und Städte, die ihren Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich diese Form der demokratischen Teilhabe ermöglichen.

## **Selbstverwaltung**

Die Piratenpartei unterstützt die Forderung des Ortsteilbeirat Ockershausen, dass Ortsteilbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung für Anliegen des Ortsteils antragsberechtigt sein sollen.

## **Transparenz**

### **Transparentes Gemeinwesen statt "gläserner Bürger"**

Für die PIRATEN bedeutet die Forderung nach mehr Transparenz, dass der Bürger Einsicht in die Arbeit der Verwaltung erhält. Es bedeutet insbesondere, dass die Arbeit der Verwaltung auch unmittelbar durch den Bürger überprüft werden kann.

Dienstvorschriften und Anweisungen müssen öffentlich einsehbar sein und mustergültig protokolliert werden.

Der Grund der Anonymisierung und unter welchen Bedingungen sie einsehbar werden, sind vornehmlich Fragen, deren Beantwortung von hoher Priorität ist. Zu diesem Zweck müssen standardisierte, maschinenlesbare und automatisiert abrufbare Formen etabliert werden. Die mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Personen müssen - immer unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte - benannt werden können.

## **Das Geheimnis soll die Ausnahme werden**

Das Geheimnis muss dem Prinzip der Öffentlichkeit weichen: Alles was von Steuergeldern bezahlt wird, geht den Bürger grundsätzlich etwas an - ob es nun Bebauungspläne sind oder die Ergebnisse aus Kontrollen kommunaler Behörden wie etwa dem Gesundheitsamt oder dem Ordnungsamt.

Den PIRATEN ist es ein wichtiges Anliegen, dass solche Informationen - in allgemeinverständlicher, leicht zugänglicher Form - veröffentlicht werden.

Leicht Zugänglich sei dabei im Technologischen Sinne zu verstehen.

Es tragen die Bemühungen der Stadtverwaltung, ein Informationssystem bereitzustellen, zwar Früchte, eine übersichtlichere Lösung wäre aber zu begrüßen. Zusätzlich soll das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu Beschlüssen besser zugänglich gemacht werden.

## **Für einen allgemeinverständlichen Haushaltsplan**

Zu beschließen wie das Geld der Bürger investiert werden soll, diese Macht obliegt den Parlamenten. Die Kontrolle dieser Macht obliegt aber dem Bürger. Die Durchführung dieser Kontrolle ist nur mit Übersicht möglich. Bislang ist diese Übersicht nur durch aufwendige Fleißarbeit erhältlich.

Aufwendig muss sich der Interessierte bemühen, sich durchfragen und forschen.

Die PIRATEN fordern daher, die Tätigkeit der Verwaltung den Bürgern mit

modernen Mitteln verständlicher und nachvollziehbar zu machen. Ein wichtiges Element hierbei ist, den Haushaltsplan, der aus ca. 700 DIN A4 Seiten besteht, in Computer lesbarer Form zugänglich bereitzustellen.

## **Gegen den Ausverkauf des Gemeinguts**

Überall in Deutschland sprießen "Lease-Back-Geschäfte" und "Public-Private-Partnerships" wie die Pilze aus dem Boden. Oft reibt sich eine im Unklaren gehaltene Öffentlichkeit erstaunt die Augen, wenn festgestellt werden muss, dass die Gebühren und Abgaben wieder einmal steigen.

Daher fordern die PIRATEN, bei jedem Verkauf öffentlichen Gutes den Bürger zu informieren und zwar im Vorfeld, bevor diese Vorhaben realisiert werden. Grundsätzlich sollen Verträge mit langer Laufzeiten oder über hohe Geldsummen offen gelegt werden.

Vorhaben mit Generationen übergreifender Tragweite sollen nur über eine Volksabstimmung ermöglicht werden. Ein Recht zur Einsicht in alle wesentlichen Verträge ist unabdingbar.

## **Für Open Source-Software in der Stadtverwaltung nach dem "Münchener Modell"**

Die Marburger Piraten fordern den Einsatz von freier Software in der Stadtverwaltung, wo immer dies möglich ist. Hierzu zählt insbesondere der Einsatz von Open Source Software, wie Linux, OpenOffice.org oder Mozilla Firefox nach dem Vorbild der Stadtverwaltung München im Rahmen des „LiMux-Projektes". Die PIRATEN fordern daher eine schrittweise Umstellung im Rahmen von Ersatzinvestitionen, da Lizenzen kommerzieller Produkte keine Lösung von Dauer sind

## **Öffentliche Infrastruktur**

### **Nahverkehr, Kommunikation und Energie**

Die Grundversorgung mit Wasser, Strom, Wärme, Müllabfuhr, Kommunikation und Gesundheit ist nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren, sondern diese ist so weit als möglich in kommunaler Hand zu behalten bzw. wo nötig wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen.

Die PIRATEN beabsichtigen, das ÖPNV-Angebot in der Stadt Marburg zu erhalten und, wo nötig, weiter auszubauen. Außerdem soll das städtische Nahverkehrsangebot besser mit dem überregionalen ÖPNV verzahnt werden, indem die Stadtwerke ihre Fahrpläne

z. B. mit denen der Bahn koordinieren. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass W-LAN-Zugangsmöglichkeiten in

Marburg erweitert werden. Beispielsweise könnten Bushaltestellen mit Access Points ausgerüstet werden.

Der Ausbau der Breitbandversorgung des Landkreises ist mit einer transparenten Geschäftspolitik und nach Möglichkeit mit lokalen Partnern zu verwirklichen.

## **Bürgerrechte und Datenschutz**

### **Für einen Staat, der sich aus dem Privatleben heraus hält**

Die PIRATEN fordern eine Politik, die die informationelle Selbstbestimmung aller Bürger achtet und keine "Datenkraken" erfindet, wie die für 2011 geplante Volkszählung.

Jedliches staatliche Handeln, muss maximale Datensparsamkeit als Grundsatz haben. Es darf keine Aufhebung der Zweckbindung von Verwaltungsdaten geben. Eine Auskunftspflicht für intime Daten, erinnert nicht an einen freiheitlichen Staat.

Niemals darf es eine Zusammenfassung unterschiedlicher Lebensbereiche unter einer eindeutigen Personenkennziffer geben. Solch eine Ordnungsnummer ist gefährlich für die Demokratie und wurde auch durch das Bundesverfassungsgericht bereits im Volkszählungsurteil ausgeschlossen.

Zitat:

"Die Erhebungsstellen sind räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen. Es ist sicherzustellen, dass die Angaben in den Erhebungsunterlagen nicht für andere Aufgaben verwendet werden." Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil von 1983.

Eine Weitergabe von statistischen Daten darf nur in vollständig anonymisierter Form erlaubt sein. Diese Daten dürfen sich auch nicht deanonymisieren lassen. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung fordert im Hinblick auf die informationstechnischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte eine grundlegend veränderte Haltung zur Erhebung und Speicherung persönlicher Daten.

**Nur nichtexistente Daten sind sichere Daten!**

**Piratenpartei Deutschland  
Kreisverband Marburg-Biedenkopf**



# PIRATEN

für die

## Stadtverordnetenversammlung

1. Sascha L. Klee, Marburg
2. Christian Backes, Marburg
3. Dr. Michael Weber, Marburg
4. Bastiaan Zapf, Marburg
5. Thumay Karbalai Assad, Marburg
6. Christine Schindler, Marburg
7. Jens Christoph Steltner, Marburg
8. Fabrice Schindler, Marburg
9. Dirk Winkel, Marburg
10. Dario Linsky, Marburg
11. Christoph Scheid, Marburg
12. Matthias Jacobs, Marburg
13. Dietlind Riedel, Marburg
14. Carsten Schumann, Elnhäusen
15. Gabriele Munkes, Marburg
16. Mischa Dieterle, Marburg
17. Katharina Hupe, Marburg
18. Christina Heitzer, Marburg
19. Maximilian Henckell, Marburg
20. Annette Schnörch, Marburg
21. Michael Heidt, Marburg
22. Ulrike Nicolaus, Marburg
23. Thorsten Pehl, Marburg

# PIRATEN

für den

## Kreistag

1. Jens Fricke, Biedenkopf
2. Manuel Koch, Dautphetal
3. Jochen Lau, Gladenbach
4. Thumay Karbalai Assad, Marburg
5. Christoph Scheid, Marburg
6. Dario Linsky, Marburg
7. Jens Christoph Steltner, Marburg
8. Christian Backes, Marburg
9. Dr. Michael Weber, Marburg
10. Sascha L. Klee, Marburg
11. Dietlind Riedel, Marburg
12. Alexander Müller, Bad Endbach
13. Christine Schindler, Marburg
14. Dirk Winkel, Marburg
15. Gabriele Munkes, Marburg
16. Carsten Schumann, Elnhäusen
17. Anita Drenckhahn
18. Mischa Dieterle, Marburg
19. Richard Jentzsch, Biedenkopf
20. Katharina Hupe, Marburg
21. Kathrin Jentzsch, Biedenkopf
22. Maximilian Henckell, Marburg
23. Matthias Jacobs, Marburg
24. Karl H. Koschinat, Wetter
25. Fabrice Schindler, Marburg
26. Ina Fricke, Biedenkopf
27. Bastiaan Zapf, Marburg
28. Annette Schnörch, Marburg
29. Thorsten Pehl, Marburg
30. Ulrike Nicolaus, Marburg

**Am 27. März  
den Änderhaken setzen**

**Liste 11**  
Stadtverordnetenversammlung



**Liste 9**  
Kreistag



[www.piratenpartei-marburg.de](http://www.piratenpartei-marburg.de)  
V.i.S.d.P.  
Piratenpartei Deutschland  
Kreisverband Marburg-Biedenkopf  
Postfach 200 608  
35018 Marburg

**KLARMACHEN  
ZUM ÄNDERN!**